

GEMEINDERATSSITZUNG GR 2014-Nr. 66

vom 17.12.2018

öffentlich

Anwesend:	1. Bürgermeister:	Klaus Vosberg
	2. Stellvertreter:	Daniel Schneider Albert Rees
	3. Gemeinderäte:	Peter Geisenberger Fridolin Gutmann Rudi Hug Tobias Jautz Julia Lauby Jörg Lorenz Carola Tröscher Hanspeter Rees Johannes Rösch Martin Rudiger Eugen Schreiner Stefan Winterhalter Ewald Zink
	4. Protokollführer:	Ralf Kaiser
	5. Sonstige Verhandlungsteilnehmer:	Michael Martin

Es fehlten entschuldigt: -/-

nicht entschuldigt oder aus anderen Gründen: -/-

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.30 Uhr

Es werden folgende Tagesordnungspunkte behandelt

1. Bekanntgaben
2. Vollzug und Planung Forst
3. Ursulinenprojekt, hier: Vergabe der Dachverglasung
4. Tempo 60 auf der Umgehungsstraße, Antrag aus dem Gemeinderat
5. Bauanträge (abgesetzt)
6. Haushaltsplan 2019, hier: 2. Lesung und Beratung
7. Eigenbetrieb Ursulinenhof, hier: Beschlussfassung Wirtschaftsplan
(abgesetzt)
8. Verschiedenes (abgesetzt)
9. Frageviertelstunde

TOP 1 Bekanntgabe

Bürgermeister Klaus Vosberg bedankt sich bei den Gemeinderäten für die Sitzungsteilnahme und das ehrenamtliche Engagement im Jahr 2018. Für eine permanente Sitzungsteilnahme überreicht er den Gemeinderäten Peter Geisenberger, Johannes Rösch und Ewald Zink ein kleines Präsent.

TOP 2 Forst Vollzug und Planung 2018

Beratung

Der Technische Leiter erläutert die Planungen im Bereich Wald für das kommende Haushaltsjahr.

Der vorgeschlagene Hiebsatz und der Einsatz von Unternehmern wird von Gemeinderat Schreiner kritisch hinterfragt. Ihm erscheint es sinnvoller mehr die eigene Rotte mehr zu beschäftigen.

Der Technische Leiter erläutert die Überlegungen, die zum Einsatz von Unternehmern geführt haben, insbesondere dort wo Prozessorarbeit erforderlich wird.

Gemeinderat Jörg Lorenz erkundigt sich nach den Schäden durch Käferbefall. Der Technische Leiter erläutert, dass im Vollzug 2018 ca. 30% Käferholzeinschlag und 10 % Sturmholzeinschlag erfolgt sei.

Gemeinderat Martin Rudiger beanstandet die Höhe des Hiebsatzes. Er meint das man vom Üblichen ausgehen sollte und davon noch die zu erwartenden Sondereinschläge abziehen müsse.

Ferner beanstandet Gemeinderat Martin Rudiger das Thema Wegebau. Speziell erkundigt er sich nach einem Weg in St. Wilhelm und kritisiert die Entscheidungen des Technischen Leiters in diesem Fall. Der Bürgermeister verweist das Thema in den Ortschaftsrat.

TOP 3 Vergabe Dachverglasung Ursulinenhof

Sachverhalt

Es wurde beschränkt ausgeschrieben. Die Angebote wurden geprüft. 16 Bieter wurden angeschrieben, es wurde ein Angebot rechtzeitig, eines verspätet, eingereicht. Das einzige Angebot überschritt das Budget um mehr als das Doppelte. Daher wurde die Aufhebung der Ausschreibung am 26.11.2018 beschlossen. Dann wurde das Verfahren zur freihändigen Vergabe eingeleitet. 3 Bieter haben ein Angebot eingereicht. Ein Bieter ein unvollständiges Angebot.

Die Firma Lamilux hat mit 96.525,00 € netto das günstigste Angebot abgegeben. Bieter 2 liegt bei 99.815,50 € netto und Bieter 3 bei 100.638,00 € netto.

Beratung

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt, er schlägt die Vergabe an den günstigsten Bieter vor. Diesem Vorschlag folgt das Gremium.

Beschluss

Die Verwaltung ist beauftragt, den Auftrag an den günstigsten Bieter, die Firma Lamilux zu 96.525,00 € netto zu vergeben.

TOP 4 Tempo 60 auf der Umgehungsstraße

Bürgermeister Vosberg verließ den Antrag aus dem Gemeinderat. Er gibt Bürgermeisterstellvertreter Daniel Schneider, als Federführendem für den Antrag, die Gelegenheit diesen zu erläutern.

Daniel Schneider verweist auf das Recht der Anwohner und auch deren dringenden Wunsch die Geschwindigkeit entlang der Umgehungsstraße zu reduzieren. Denn der Lärm sei für die Anwohner eine Zumutung.

Ortsvorsteher Schreiner verweist auf den Schilderwald entlang der L126 bis Kirchzarten. Er plädiert für eine durchgängige Zone 70 bis Zarten.

Hier erläutert Bürgermeiste Vosberg die Gegenargumentation der Unteren Verkehrsbehörde, die die teilweise Aufhebung des Tempolimits auf der L126 als Möglichkeit für Überholmanöver vor dem Anstieg der Straße bis zum Notschrei sieht.

Bürgermeisterstellvertreter Albert Rees erkundigt sich, ob das Plakat an der L126 so mit der Gemeinde abgesprochen war. Daniel Schneider erläutert, dass er eine Aktion angekündigt habe, jedoch da privater Grund und Boden beansprucht wurde und es sich um die politische Verdeutlichung einer Problemlage handele, er keine Genehmigung oder Absprache im Detail für erforderlich hielt.

Gemeinderat Rudiger hält ein Tempolimit hier für unangebracht. Auch Gemeinderat Stefan Winterhalter hält weitere Verkehrsbeschränkungen für unnötig und ärgerlich.

Gemeinderat Peter Geisenberger schlägt die durchgängige Regelung mit Tempo 70 km/h vor.

Gemeinderat Ewald Zink verweist darauf, dass Lärm weniger mit der Geschwindigkeit als vielmehr mit der Drehzahl zu tun habe und diese lässt sich eben nicht über die Geschwindigkeit beeinflussen.

Gemeinderat Johannes Rösch schlägt hier vor, Motorradkontrollen durch die Polizei anzufordern, den der meiste Lärm gehe von Motorrädern aus.

Gemeinderat Zink meint, dass ein generelles Verbot von Motorrädern hier zielführender sei, sofern das Ziel Lärmreduzierung ist, fragt aber auch, ob man das tatsächlich wolle.

Gemeinderat Jautz meint, dass der Antrag auf Tempo 70 auf der bisher nicht beschränkten Strecke ausreiche. Eine Erweiterung, die Tempo 60 regelt, hält er für übertrieben.

Ein Teil der Antragsteller für die Tempo 60-Regelung modifizieren ihren Antrag dahingehend, dass sie auf eine Tempo 70-Regelung im bisher nicht geregelten Bereich beantragen.

Der Bürgermeister lässt zunächst über den Antrag wie vorgelegt abstimmen, dieser erhält keine Ja-Stimme und ist daher abgelehnt.

Beschluss (10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Auf der L126 soll ab Ende der bisherigen Regelung durchgängig bis zur Einmündung Weilersbach ein Tempolimit auf 70 km/h erwirkt werden. Der Bürgermeister soll hier bei den zuständigen Stellen vorstellig werden.

TOP 5 Bauanträge

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit beschließt man diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

TOP 6 Haushaltsplan 2019, hier: 2. Lesung und Beratung

Beratung

Rechnungsamtsleiterin Leimroth erläutert, dass seitens des Bauhofs noch 5.000 Euro Mittelanmeldung für die Straßenbeleuchtung vorgelegt wurden.

Gemeinderat Tobias Jautz beantragt 25.000 Euro zusätzlich für das Material zur Gehwegausbesserung zwischen Hallenparkplatz und Tankstelle Eckert einzustellen. Die Reparatur könnte in ehrenamtlichem Engagement erfolgen, die Gemeinde müsse lediglich das Material stellen.

Ortsvorsteher Schreiner unterstützt diesen Antrag.

Bürgermeister Vosberg hält es für möglich, dass das Pflaster ehrenamtlich ausgebessert werden könne, die Sanierung der Randsteine müsse jedoch von einer Fachfirma übernommen werden.

Gemeinderat Rösch meint, dass es sich nur lohne in den Gehweg zu investieren, wenn es absehbar sei, dass die Straße selbst innerhalb der nächsten Jahre nicht wieder instand gesetzt wird. Ferner fragt Gemeinderat Rösch, ob die Teerung nicht günstiger komme als die Pflästerung.

Gemeinderat Rudiger geht davon aus, dass der Bauhof sowieso schon in Verzug sei, z.B. mit Dohlen aufmachen und daher meint er, da könne nicht auch noch auf diesen bei der Gehwegsanierung zurückgegriffen werden.

Stefan Winterhalter meint, ob man den Gehweg nicht einfach absenken könne und durch die neue Ebene auch künftiges Ramponieren, wie z.B. durch den Schneepflug, vermieden werden könne.

Bürgermeister Vosberg will Vorschläge einholen, was die beste Ausbauvariante für den Gehweg darstellt und dann Vorschläge unterbreiten.

Gemeinderat Peter Geisenberger sagt, dass da es ja von ehrenamtlichen schon angeboten worden ist, man dieses Angebot annehmen soll und die 25.000 Euro Materialkosten in der Planung 2019 vorgesehen werden sollen.

Gemeinderat Zink fragt, ob die Gemeinde nicht die komplette Sanierung übernehmen soll, er fragt, wie weit wir schon gekommen seien, wenn ehrenamtliche selbstverständliche Tätigkeiten ausüben müssen, Tätigkeiten die zu den originären Aufgaben der Gemeinde gehören.

Bürgermeister Vosberg unterbreitet hier dann folgenden Vorschlag zum Beschluss:

Beschluss (15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen)

Für die Straßenbeleuchtung sind 5.000 Euro zusätzlich einzustellen.

Für Materialkosten sind 25.000 Euro zur Sanierung des Gehweges entlang der Hauptstraße einzustellen, er wird dann Ausbaualternativen vorstellen und der Gemeinderat entscheidet dann, wie hierfür das Ehrenamt einbezogen werden soll.

Weitere Beratung

Bürgermeisterstellvertreter Rees kritisiert, dass der Gemeinderat nun über den Haushalt beraten solle und dies ohne Jahresrechnung 2017, ohne vorläufigen Vollzugsbericht 2018. Er bittet hier um Erläuterung.

Rechnungsamtsleiterin Leimroth erläutert das Zahlenwerk und zieht Parallelen zum bisherigen Haushaltsrecht, z.B. wo die bisherige Zuführungsrate wiederzufinden sei usw.

Ortsvorsteher Schreiner erkundigt sich wegen des Rückgangs der Personalkosten, hier verweist die Rechnungsamtsleiterin auf die neuen Buchungsabgrenzungen und Zuordnungen. Die Personalkosten sind gestiegen.

Gemeinderat Jautz meint, dass für die Straßenunterhaltung mehr Gelder benötigt werden als eingestellt, insbesondere sieht der den Zustand der Dohlen und ähnliches kritisch.

Der Bürgermeister verweist auf die Zusatzaufgaben des Bauhofes in 2018 und darauf, dass er diese Routineaufgaben für 2019 auf die Prioritätenliste des gemeindlichen Bauhofes oben aufschreibt.

Gemeinderat Rudiger meint, dass die Instandsetzung der Obertalstraße viel Geld verzehre, wenn jedoch eine Brücke zu sanieren seien, dann Mittel fehlten.

Ortsvorsteher Schreiner hält die Sanierung der Teerdecke Obertalstraße auch nicht für Prioritär.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass die Obertalstraße nicht die defekteste sei, jedoch deutlich sanierungsbedürftig. Die Sanierung würde sich jedoch gerade jetzt empfehlen, da die Wasserleitung sowieso gemacht werden müsse und ein Teil der Arbeiten ferner der Breitbandversorgung zugerechnet werden könne. Daher empfiehlt er am Gesamtpaket Obertalstraße sowie von der Verwaltung vorgeschlagen festzuhalten.

Gemeinderat Zink meint das der Synergieanteil recht gering sei. Gemeinderat Rudiger sieht andere Straßenreparaturen, z.B. Rundweg in Hofgrund, für dringlicher.

Gemeinderat Rösch schlägt vor, für Straßenbau eben den von der Verwaltung vorgeschlagenen Betrag als Budget einzustellen und sich noch nicht auf einzelne Großmaßnahmen, wie z.B. Teerdecke Obertalstraße festzulegen.

Der Bürgermeister verweist auf das geschnürte Gesamtpaket bezüglich Obertalstraße mit Breitbandversorgung, Wasserleitungserneuerung und darauf folgender Teerdeckenerneuerung, die dann kein Flickenteppich wäre und zusätzlich die Kosten zusätzlich über die genannten Maßnahmen aufgeteilt werden können.

Gemeinderat Tobias Jautz regt an die Regelung des Safer Traffic zu überprüfen, er hält diesen im Moment nicht für ausreichend an die Zielgruppe kommuniziert.

TOP 8 **Verschiedenes**

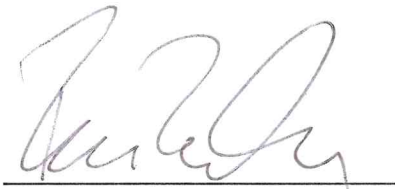
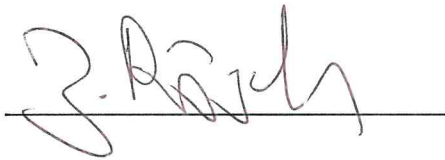
Angesichts der fortgeschrittenen Zeit beschließt man diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

TOP 9 Frageviertelstunde

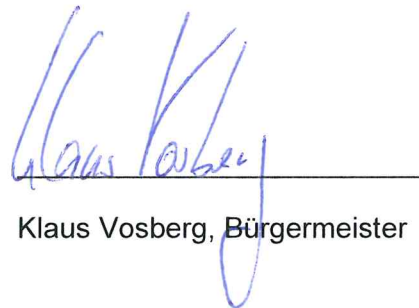
- Ein Bürger erkundigt sich über erhöhtes Schwerlastaufkommen in Oberried.
- Ein Bürger regt an, anstelle der Tempo 60-Regelung der L126 in diesem Bereich den Bau eines Gehweges bei den zuständigen Stellen anzuregen. Ferner hält er die empfundene Lärmbelastung, die durch die L126 verursacht wird, erwiesenermaßen für subjektiv, entsprechende Messungen führen zu einem anderen Ergebnis.

Das Protokoll wurde dem Gemeinderat am 14.1.2019 bekannt gegeben.

Für den Gemeinderat:



Der Vorsitzende:



Klaus Vosberg, Bürgermeister

Der Schriftführer:



Ralf Kaiser